



## UNAMID: Kein Ende der Gewalt in Darfur

Die erneute Eskalation der Kämpfe in Darfur Anfang 2016 hat nach UN-Schätzungen bis zu 195.000 Menschen vertrieben. Der Konflikt zwischen Rebellen Gruppen und Regierungstruppen dauert mittlerweile 13 Jahre, bisherige Friedensabkommen haben nicht zu einer Lösung geführt. Die Regierung drängt auf einen Abzug der *African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur* (UNAMID), zu deren Kernaufgaben der Schutz der Zivilbevölkerung gehört. Deutschland beteiligt sich seit 2012 an der Mission.

### Hintergrund

Seit 2003 kämpfen in der Region Darfur im Westen Sudans Rebellen Gruppen gegen die sudanesischen Regierung, der sie soziale, politische und ökonomische Marginalisierung der nicht-arabischen Bevölkerungsteile vorwerfen. Aus den beiden größten Gruppierungen, der *Sudan Liberation Movement/Army* (SLM/A) und dem *Justice and Equality Movement* (JEM) haben sich zahlreiche Splittergruppen gebildet, die teils kooperieren, teils sich gegenseitig bekämpfen. Neben den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Rebellen Gruppen einerseits und Regierungstruppen und mit ihnen verbündeten Milizen andererseits gefährden intrakommunale Konflikte um natürliche Ressourcen die Zivilbevölkerung massiv. Die bisherigen Friedensabkommen (Abuja 2006, Doha 2011) haben nicht zu einer Lösung des Konflikts geführt, unter anderem da sich einige relevante Rebellen Gruppen nicht beteiligten.

Gegenwärtig versucht ein vom *African Union High-Level Implementation Panel* (AUHIP) ausgehandeltes Abkommen, den Friedensprozess wiederzubeleben: Das [Roadmap Agreement for Ending the Conflicts in Sudan](#) wurde von der sudanesischen Regierung im März 2016 unterschrieben und soll einen Waffenstillstand in Darfur, in den Grenzgebieten *South Kordofan* und *Blue Nile* sowie den Zugang humanitärer Hilfe ermöglichen. Darüber hinaus soll es eine Reihe von Verhandlungsprozessen zwischen den Konfliktparteien im Rahmen eines inklusiven „Nationalen Dialoges“ anstoßen.

Am 8. August 2016 unterzeichnete die Oppositionsallianz *Sudan Call*, in der mit der *Sudan Liberation Army/Minni Minawi* (SLA-MM) und dem *Justice and Equality Movement* (JEM) zwei wichtige Konfliktakteure organisiert sind, das Abkommen. Erste Gespräche wurden jedoch Mitte August bereits wieder [abgebrochen](#). Eine Konferenz des „Nationalen Dialoges“, die am 10. Oktober eigentlich alle Parteien zusammenbringen sollte, fand ohne *Sudan Call* statt. Allerdings erklärten die SLA-MM und die Gruppe *Justice and Equality Movement-Gibril* einen unilateralen, sechsmonatigen [Waffenstillstand](#), der am 31. Oktober 2016 in Kraft trat. Die sudanesischen Regierung hatte bereits zuvor einen Waffenstillstand bis Ende des Jahres angekündigt. Andere Gruppen wie die *Sudan Liberation Army/Abdul Wahid* (SLA-AW) verweigern die Unterzeichnung des Abkommens und setzen den bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Khartoum fort.

### Aufgaben und Hindernisse der Friedensmission

UNAMID wurde am 31. Juli 2007 auf der Grundlage von [Resolution 1769](#) beschlossen und ersetzte die *African Union Mission in Sudan* (AMIS). Wegen Vorbehalten der sudanesischen Regierung konnte die Mission jedoch erst ab dem 31. Dezember 2007 ihre Arbeit aufnehmen. [Resolution 2296](#) verlängerte das Mandat der Mission bis zum 30. Juni 2017. UNAMID ist die einzige hybride Friedensmission weltweit und wird von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen gemeinsam durchgeführt. Geleitet wird sie vom Sonderbeauftragten Martin Uhomoibhi aus Nigeria.

**Mandat** | Mit [Resolution 2148](#) wurde 2014 eine Neuausrichtung der Aufgaben von UNAMID beschlossen, die unverändert besteht. Strategische Prioritäten sind (1) der Schutz der Zivilbevölkerung, (2) die Erleichterung von Hilfslieferungen und die Gewährleistung von Sicherheit für humanitäre Helfer,<sup>1</sup> (3) die Vermittlung zwischen der sudanesischen Regierung und bewaffneten Gruppen, die das Doha-

<sup>1</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

Abkommen nicht unterzeichnet haben sowie (4) die Unterstützung von Vermittlungsbemühungen in Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen.

**Personal und Budget** | UNAMID ist nach MONUSCO in der Demokratischen Republik Kongo der gegenwärtig größte Einsatz der UN weltweit.

- Ihre autorisierte Stärke – 15.845 Militärangehörige, 1.583 Polizeiberater und 1.820 Polizisten in *Formed Police Units* – wurde bislang nicht erreicht. Aktuell im Einsatz sind 13.757 Militärangehörige, 1.479 Polizeiberater und 1.813 Polizisten in *Formed Police Units*, außerdem 763 internationale zivile Mitarbeiter, 141 *UN Volunteers* und 2.153 nationale zivile Mitarbeiter (Stand: [November 2016](#)).
- Deutschland beteiligt sich als einzige europäische Nation mit aktuell vier Soldaten (Stand: [01. November 2016](#), Mandatsobergrenze 50), fünf Polizisten (Stand: [6. November 2016](#), Obergrenze 15) und zwei zivilen Experten (Stand: 30. Juni 2016) an der Hybridmission.
- Das Budget der Mission beträgt 1.039,6 Millionen US-Dollar für 2016/17 ([S/2016/812](#), S. 16).

**Herausforderungen** | UNAMID wird immer wieder Versagen beim Schutz der Zivilbevölkerung vorgeworfen ([Foreign Policy 2014](#), [IRRI 2016](#)). Neben internen Problemen – verursacht durch fehlenden politischen Willen von Truppenstellern, mangelnde Ausrüstung und unzureichendes Training –, ist das Verhalten der sudanesischen Regierung eine wesentliche Ursache für diese Versäumnisse. Khartoum blockiert die Arbeit von UNAMID unter anderem durch bürokratische Hindernisse. Die Menschenrechtsabteilung der Mission hat zum Beispiel seit Anfang 2016 keine Visa mehr genehmigt bekommen – und muss mittlerweile mit einem Personalleerstand von fast 60% arbeiten ([S/2016/812](#), S. 8). Lebensmittel und Ausrüstung für die Mission wurden monatelang vom Zoll festgehalten. Hinzu kommen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Zugangsverbote für bestimmte Gebiete. Regelmäßig werden etwa einsatzkritische Flugbewegungen nicht genehmigt.

**Exit Strategy und Benchmarks** | Trotz einer prekären Sicherheitslage drängt die Regierung seit Ende 2014 auf einen Abzug der Mission. Nach dem Referendum im April 2016 zum administrativen Status der Region betrachtet sie die Implementierung des Doha-Friedensabkommens von 2011 ([Doha Document for Peace in Darfur](#)) als erfüllt und den Konflikt für beendet ([S/2016/510](#), §27, [S/PV.7781](#), S.5). Eine Arbeitsgruppe von Vertretern der AU, UN und der sudanesischen Regierung beschäftigt sich seit Februar 2015 mit der Frage einer *exit strategy* für UNAMID auf Grundlage 2012 formulierter und 2014 angepasster *benchmarks* und dazugehöriger Indikatoren (s. Annex zu [S/RES/2296](#)). Mit der jüngsten Verlängerung der Mission wurde der UN-Generalsekretär beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie diese erreicht werden können.

## Humanitäre Lage

Nach UN-Angaben wurden seit Beginn des Konfliktes ca. 300.000 Menschen getötet. Etwa 2,6 Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht, und rund 3,3 Millionen benötigen humanitäre Hilfe. Anfang 2016 startete die Regierung eine neue Offensive gegen die Rebellengruppe SLA-AW in der entlegenen Region *Jebel Marra*. Die massiven Kampfhandlungen und Luftschläge haben nach Schätzungen der UN bis Ende August zwischen 160.000 und 195.000 Menschen [vertrieben](#). Seitens der [UN nicht verifiziert](#) werden konnten im September 2016 veröffentlichte [Anschuldigungen](#) von *Amnesty International*, wonach die Regierung in *Jebel Marra* Chemiewaffen gegen Zivilisten eingesetzt haben soll.

Die angespannte humanitäre Situation in Darfur ist nicht nur Ergebnis bewaffneter Auseinandersetzungen, sondern auch Teil des Konfliktes. Der humanitäre Zugang wird teils von bewaffneten Gruppen verweigert, teils von der sudanesischen Regierung durch administrative Auflagen beschränkt. Hinzu kommen direkte Angriffe auf humanitäre Helfer. Neben unzureichenden finanziellen Mitteln führte dies zu einem weitgehenden Rückzug der internationalen humanitären Akteure aus dem Land. Ihre Anzahl war im Mai 2016 im Vergleich zu 2009 [um 75% zurückgegangen](#). Die rund 4.500 verbleibenden Helfer waren zu 97% nationale Beschäftigte.

Auch im Friedensprozess wird humanitäre Hilfe zunehmend instrumentalisiert: Die Verhandlungen zwischen Regierung und *Sudan Call* waren im August an zwei Streitpunkten gescheitert – der Freilassung von Kriegsgefangenen und dem Überwachungsmechanismus für humanitäre Hilfe.